

Herausgeber:
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Published by:
Austrian Federal Ministry of Education, Science and Culture

„Geschichte und Politische Bildung“ – ein neuer Pflichtgegenstand in der AHS

Mit dem einstimmigen Beschluss aller vier Parlamentsparteien vom 7. Juni 2001 wurde in der AHS als letztem Oberstufenschultyp ein Pflichtgegenstand mit Politischer Bildung eingeführt. Mit einem den bisherigen Erfahrungen aus zahlreichen Schulversuchen „Politische Bildung“ entsprechenden Gesetzesvorschlag beschloss der Nationalrat die neue Gegenstandsbezeichnung „Geschichte und Politische Bildung“ für die 7. und 8. Klasse der AHS. Damit wurde in der AHS nachgeholt, was in sämtlichen anderen Oberstufenschultypen in den Jahren zuvor mit parlamentarischer Zweidrittelmehrheit durch das Ersetzen des Wortes „Staatsbürgerkunde“ durch den wesentlich weiter gefassten Begriff „Politische Bildung“ in den einschlägigen Pflichtgegenständen bereits vollzogen war, nämlich ein Pflichtgegenstand mit „Politischer Bildung“.

Für die „Politische Bildung“ ergibt sich daraus eine völlig neue Situation. Einerseits ist damit sowohl in den BMHS als auch in den AHS ein hoher Stand an rechtlicher Absicherung verbunden, andererseits ist mit der neuen Gegenstandsbezeichnung das Zusammenwirken von Pflichtgegenstand (Vermittlung von Kernkompetenzen) mit dem Unterrichtsprinzip (Vermittlung von Erweiterungskompetenzen) gewährleistet und eröffnet engagiertem Unterricht weitaus mehr Möglichkeiten als zuvor. Das Zusammenwirken von Gegenstand und Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ wurde daher dezidiert und bewusst in den Entwurf für den neuen AHS-Lehrplan „Geschichte und Sozialkunde/ Politische Bil-

"History and Civics Education" – a new compulsory subject in Secondary Academic Schools

On 7 June 2001, the four parliamentary parties unanimously agreed to introduce a compulsory subject imparting civics education also in Austria's secondary academic schools. The bill was based on the experience gathered with a number of "civics education" pilot projects, and the National Council (Lower House of Parliament) voted for "history and civics education" as the name of the new subject to be introduced in years 7 and 8 of secondary academic schools. The secondary academic schools have thus drawn level with all the other types of schools that comprise a lower and an upper level and in which "education towards democratic citizenship" was replaced years ago by a two-thirds majority in Parliament with compulsory subjects covering the much broader concept of "civics education".

This creates an entirely new situation for "civics education". On the one hand, a firm statutory framework has been created for both secondary technical and vocational schools and colleges and academic secondary schools, on the other hand the new designation of the subject guarantees the interaction between compulsory subject (imparting of core competence) and integral educational principle, thus opening up a much wider field for committed teaching. This interaction was expressly and deliberately integrated into the new draft curriculum for secondary academic schools, in which the subject bears the name "history and social studies/civics education" and carries the mandate of employing cross-subject teaching methods.

Number 30

März 2002

For further information please contact: Stefan POLZER, BMBWK, Abt. I/6, A- 1014 Wien, Minoritenplatz 5
Tel. 01-53120-4716, Fax 01-53120-4799, e-mail: stefan.polzer@bmbwk.gv.at

„dung“, wie der Gegenstand im neuen Lehrplan heißen soll, als Auftrag zu fächerübergreifenden und fächerverbindenden Unterrichtsmethoden integriert.

Der Auftrag zur Ausarbeitung des Lehrplanes leitet sich grundsätzlich aus der neuen Gegenstandsbezeichnung ab und bezog sich somit auf die 7. und 8. Klasse AHS. Es war jedoch bald – vor allem aufgrund der Erfahrungen in den Schulversuchen zur „Politischen Bildung“ – klar, dass dieser Auftrag weiter interpretiert werden musste, wollte man einen stimmigen Lehrplan für die gesamte Oberstufe erarbeiten und Brüche und Lücken im Lehrstoff vermeiden.

Die Erweiterung des Gegenstandes „Geschichte“ mit „Politischer Bildung“ bedarf einer Neustrukturierung des Geschichte-Lehrstoffes, sei es als Komprimierung, Straffung, Verschiebung oder Kürzung. Diese Strukturierung jedoch nur für die 7. und 8. Klasse vorzunehmen – ohne Berücksichtigung der 5. und 6. Klasse – hätte bedeutet, nicht nur temporär, sondern auf Dauer eine Lücke im Geschichte-Lehrstoff in Kauf zu nehmen, denn der bisherige Oberstufenlehrplan sah eine Verteilung des Geschichte-Lehrstoffes von der Ur- und Frühgeschichte in der 5. Klasse bis zur aktuellen Zeitgeschichte in der 8. Klasse vor. Ein nur für die 7. und 8. Klasse entwickelter Lehrplan hätte nicht historisch kontinuierlich an die 6. Klasse anschließen können. Temporär ergeben sich bei Inkraftsetzung des vorgeschlagenen Lehrplan-Entwurfes diese Lücken dennoch, da derzeit weiterhin nach dem gültigen alten Lehrplan unterrichtet wird/werden muss, aber der neue Lehrplan in der nächst höheren Schulstufe historiographisch-chronologisch an anderer Stelle fortsetzt. Dieser Mangel ist in Kauf zu nehmen. Umgekehrt wird man in der 8. Klasse Themen der Politischen Bildung nicht ohne (zeit-)historische Dimension behandeln können, denke man zB nur daran, dass der Fall des Eisernen Vorhanges 1989 für die heutige Schüler/innengeneration bereits Geschichte ist.

Die Tatsache hingegen, dass in berufsbildenden Schulen, etwa den Berufsschulen oder dem Polytechnikum, Politische Bildung bereits ab der 9. Schulstufe vermittelt wird, führte zur bildungspolitischen Notwendigkeit, Lehrstoffinhalte der Politischen Bildung auch in der 5. und 6. Klasse (9./10. Schulstufe) zu verankern.

Die Bildungs- und Lehraufgabe des Lehrplanes geht von einem Geschichtsverständnis aus, das von regionalen Bezügen

Basically the mandate for the drafting of the curriculum was defined by the designation of the new subject and thus related to years 7 and 8 of secondary academic schools. However, owing to the experience gathered primarily with the "civics education" pilot projects, it soon turned out that this mandate had to be interpreted more broadly in the interest of a consistent curriculum without gaps and ruptures for the entire upper level.

The extension of "history" to cover "civics education" requires the subject matter of history to be restructured, by condensing, streamlining, re-arranging or cutting it. Restructuring the content for years 7 and 8 only, without taking account of years 5 and 6 would have meant to put up - not merely temporarily but for good, - with a gap in the curriculum which previously provided for a chronological sequence starting with prehistory and early history in year 5 and ending with contemporary history in year 8. A curriculum developed for years 7 and 8 only, could not have been smoothly attached to year 6. Once the suggested draft curriculum will enter into force, temporary gaps will be inevitable, since the old curriculum is currently still valid, and when the new one becomes effective for year 6 it will be out of sync in historiographical and chronological terms with year 5. However, this is a temporary shortcoming which can be coped with. Reversely, topics of civics education addressed in year 8 cannot be dealt with irrespective of the temporal dimension of history, considering that the fall of the Iron Curtain in 1989 has already become history in the eyes of today's generation of pupils.

On the other hand, the fact that in vocational schools and in the pre-vocational year civics education is imparted already from the 9th grade upwards, made it an educational-policy must to anchor certain elements of civics education also in the curricula for the 5th and sixth classes (9th/10th grade).

The educational and teaching remit delineated by the curriculum starts from a perception of history which extends from the regional context to the global dimension, and which is intended to lead to the development of a European self-image. Civics education is based on a political concept which implies the distinction between three dimensions: the *formal dimension* (order, rules, laws, standards, institutions, etc.), the *contextual*

bis zur globalen Dimension reicht und zur Entwicklung eines europäischen Selbstverständnisses führen soll. Politischer Bildung ist ein Politikbegriff zu Grunde gelegt, der drei Dimensionen unterscheidet: die *Formale Dimension* (Ordnung, Regeln, Gesetze, Normen, Institutionen, etc.), die *Inhaltliche Dimension* (Programme, Ziele, Lösungen, Ergebnisse der Politik, etc.) und die *Prozessuale Dimension* (Entscheidungsprozesse, Interessen und ihre Durchsetzung, Konflikt und Konsens; Akteure, Beteiligte und Betroffene der Politik, etc.). „Geschichte und Politische Bildung“ zielt letztlich auf das Verhalten in einer demokratischen Gesellschaft ab: Es soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt werden und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie und des Rechtsstaates sichergestellt werden. Da aktuelle Themen meist eine historische Dimension aufweisen, kann und soll der Geschichtsunterricht zum Verständnis der Gegenwart beitragen.

In den didaktischen Grundsätzen des Lehrplanes werden, wie bereits erwähnt, die Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Gegenstand und Unterrichtsprinzip als Auftrag zu fächerverbindendem und fächerübergreifendem Unterricht formuliert. Überdies soll dem Dialog breiter Raum gegeben werden, damit unterschiedliche Standpunkte, Optionen und Alternativen sichtbar gemacht und erörtert werden können. „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, ist auch im Unterricht kontrovers darzustellen“ (Zitat Lehrplanentwurf).

Das Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu selbständigem Urteil und zur politischen Mündigkeit zu führen.

Erweiterter Graz Prozess Task Force Bildung und Jugend – Stabilitätspakt für Südosteuropa

Bildung und Jugend können vor allem langfristig einen substanziellen Beitrag zur Schaffung einer stabilen und prosperierenden Zivilgesellschaft leisten. Der unter österreichischem Ratsvorsitz initiierte Graz Prozess leistete bereits 1998 wichtige Vorarbeiten, um durch Unterstützung und Koordination von Bildungsprojekten für Südosteuropa eine demokratische und friedliche Entwicklung in der Region voranzutreiben. Bei der ersten Zusammenkunft des Arbeitstisches I (Demo-

dimension (decision-making processes, interests and their implementation, conflict and consensus, actors, stakeholders, and people affected by politics, etc.). Ultimately, "history and civics education" is a subject targeted at the behaviour in a democratic society: Interest is to be aroused in politics and political involvement, and identification with fundamental values of democracy and the constitutional state is to be guaranteed. Since topical subjects have, as a rule, a historical dimension, the teaching of history can and should help to give insight into current events.

As mentioned above, the didactic principles of the curriculum contain the option of having subject teaching and integral educational principle interact with a view to cross-subject teaching. Moreover, broad scope is to be given to dialogue, so that different positions, options and alternatives can be demonstrated and discussed. "Whatever is controversial in science and politics, is to be represented as controversial in teaching" (quoted from the draft curriculum).

The aim is to help pupils make up their own minds and become politically emancipated.

Enhanced Graz Process Task Force Education and Youth – Stability Pact for South Eastern Europe

Viewed from a long-term perspective, education and youth can make a major contribution to the establishment of a stable and prosperous civil society. Launched under Austria's Council Presidency in 1998, the Graz Process prepared the ground for supporting and coordinating educational projects in South Eastern Europe with a view to promoting a democratic and peaceful development of the region. At the first meeting of Working Table 1 (Democratisation and Human Rights) in

kratisierung und Menschenrechte) in Genf 1999 wurde entschieden, Bildung als Priorität aufzunehmen. Der Graz Prozess wurde somit mit der Koordination des Bereichs Bildung und Jugend im Stabilitätspakt betraut. (Erweiterter Graz Prozess, Task Force Bildung und Jugend).

Charakteristisch für den EGP ist die Einbeziehung verschiedenster Akteurinnen und Akteure: die Task Force hat zurzeit 40 Mitglieder, darunter europäische und internationale Institutionen (Europarat, Europäische Kommission, OECD, UNESCO, UNICEF, Weltbank usw.), die EU-Vorsitzländer, Vertreter europäischer Ministerien mit besonderem Schwerpunkt Südosteuropa. Die Mitgliedschaft steht allen dem Stabilitätspakt angehörenden Ländern und Organisationen offen.

Die Aufgaben liegen in der Entwicklung von Strategien und Aktionsplänen, in der Lösung organisatorischer Fragen und der Beschaffung von Geldmitteln. Im Folgenden sollen zentrale Arbeitsergebnisse dargestellt werden, die die Arbeit des EGP/der Task Force Bildung und Jugend in den letzten beiden Jahren charakterisieren:

„Quick Start Projekte“ als Ausgangspunkt für Systementwicklung:

Im Jahr 2000 wurden von verschiedensten Organisationen in Südosteuropa über 150 Projekte im Bereich regionaler Kooperation übermittelt, von denen 40 ausreichende Unterstützung in der Höhe von rund 20 Millionen EURO gefunden haben. Diese Projekte folgen den erarbeiteten Prioritätssetzungen des EGP: Bildungspolitik und Systementwicklung, Geschichte und Geschichtsunterricht, Hochschulbildung, Berufsbildung, Demokratieerziehung/umgang mit Vielfalt sowie Kinder und Jugendliche. Sie konnten im ersten Halbjahr 2002 erfolgreich abgeschlossen werden und bildeten einen ersten Impuls für die Weiterentwicklung eines nachhaltigen und systematischen Kooperationsansatzes. Eine Broschüre, welche die Ergebnisse dieser Projekte exemplarisch darstellt, wird im Sommer 2002 erscheinen.

Ebenfalls im Jahr 2002 wurden die bisherigen Kooperationsbereiche auf Basis der bisher gewonnenen Ergebnisse weiterentwickelt. Nach einem breiten Konsultationsprozess in den oben genannten Arbeitsgruppen wurde eine weitere Projektrunde initiiert. Erste Ergebnisse sowohl was die Auswahl von Schlüsselprojekten als auch das konkrete Interesse der Gebergemeinschaft betrifft,

Geneva in 1999, it was decided to make education one of the priority areas. The Graz Process was charged with the coordination of projects in the area of education and youth within the Stability Pact. (Enhanced Graz Process, Task Force Education and Youth).

One of the EGP's characteristic features is the involvement of diverse actors: currently, the Task Force has 40 members, including European and international institutions (Council of Europe, European Commission, OECD, UNESCO, UNICEF, World Bank, etc.), the past, current and future EU-presidencies, and representatives of European ministries. Membership is open to all countries and organisations belonging to the Stability Pact.

Activities of the Task Force include the development of strategies and action plans, organisational questions and fundraising. Major results achieved by the EGP/Task Force Education and Youth within the past two years are described below:

"Quick Start Projects" as a starting point for system improvement:

In the year 2000, more than 150 projects were submitted by diverse organisations in South Eastern Europe under the heading of Regional Cooperation. Forty of them received sufficient funding, which amounted to a total of approximately 20 million EURO. These projects tied in with the targeted priority areas of the EGP: Policy and System Improvement, History and History Teaching, Higher Education, Vocational Education and Training, Education for Democratic Citizenship/Management of Diversity as well as Young People. They were successfully completed in the first half of 2002 and gave an initial impetus to the further development of a sustainable and systematic approach to cooperation. A brochure citing examples of project outcomes is due to appear in the summer of 2002.

2002 also witnessed further development of the existing areas of cooperation on the basis of the experience gained. Subsequent to a broadly based consultation process in the above-mentioned working groups, another project round was launched. First results, both as regards key projects and tangible commitments on the part of the donor community have been obtained.

liegen bereits vor.

Unterstützung regionaler Kooperation und der Aufbau von Netzwerken:

Mit der Weiterentwicklung des „Southeast European Education Co-operation Network“ (SEE-ECN: <http://www.see-educoop.net>) von einem Netzwerk virtueller Kommunikation zu einer Plattform regionaler Zusammenarbeit mit Knoten in Ljubljana und der Region soll der Informationsaustausch zwischen Bildungsexperten in der Region auch in Form konkreter Fachveranstaltungen intensiviert werden. Seminare zu Schulgesetzgebung und Lehrplanentwicklung wurden bereits von CEPS Ljubljana als Pilotprojekte unter Einbeziehung internationaler Institutionen (UNESCO, Open Society Institute) organisiert, an einer systematisierten Angebotspalette wird gearbeitet. Für die konkrete Unterstützung eines derartigen Informations- und Trainingsnetzwerkes hat das österreichische und slowenische Bildungsministerium eine bilaterale Arbeitsgruppe gebildet, finanzielle Unterstützung wurde bereits von Österreich, Slowenien, der Schweiz und dem Open Society Institute signalisiert.

Umsetzung der Strategy 2001/2002:

Einige der sgn. Quick Start Projekte waren der Erhebung bildungspolitischer Basisinformationen gewidmet. Ausgehend von Thematischen Länderstudien in der Region, die von der OECD mit breiter internationaler Unterstützung in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Rumänien und Serbien durchgeführt wurden, entwickelte die Task Force strategische Überlegungen zur Dissemination und Implementierung bildungspolitischer Empfehlungen. Entsprechende Disseminationskonferenzen in Serbien und Montenegro wurden im Jänner 2002 veranstaltet, das kroatische Bildungsministerium wird im Mai 2002 eine derartige Startkonferenz durchführen. Derzeit wird mit anderen Bildungsministerien in der Region über ähnliche Aktivitäten verhandelt. Um der engen Verschränkung nationaler Bildungsreformen mit Projekten regionaler Zusammenarbeit Rechnung zu tragen, soll im Herbst 2002 ein Workshop für Bildungsreformer aus Südosteuropa stattfinden, in dem grenzüberschreitende Aktivitäten auf Systemebene diskutiert werden. Die dabei gewonnenen Ergebnisse

Promotion of regional cooperation and of networking:

The development of the "Southeast European Education Co-operation Network" (SEE-ECN: <http://www.see-educoop.net>) from a network for virtual communication into a platform for regional cooperation with a hub in Ljubljana and nodes in the region is designed to step up the exchange of information among educational experts in the region by adding the dimension of specialist conferences. Seminars on school legislation and curriculum development were organised as pilot projects by CEPS Ljubljana in cooperation with international institutions (UNESCO, Open Society Institute); the blueprint for a systematic sequence of programmes is being prepared. The Austrian and Slovene Ministries of Education have set up a bi-lateral working group in charge of giving practical support to such an information and training network, and Austria, Slovenia, Switzerland and the Open Society Institute have signalled their intent to provide financial support.

Implementation of the Strategy 2001/2002

Several of the so-called Quick Start Projects were devoted to the acquisition of basic information on educational policies. Starting from the Thematic Reviews of the educational systems in the region, carried out by the OECD with broad international support in Albania, Bosnia-Herzegovina, Bulgaria, Kosovo, Croatia, FYROM, Moldova, Montenegro, Romania, and Serbia, the Task Force developed a strategic approach to the dissemination and implementation of educational-policy recommendations.

Dissemination conferences were held in Serbia and Montenegro in January 2002, the Croatian Ministry of Education is going to mount a pertinent conference in May 2002. Negotiations are currently under way on similar activities with other education ministries in the region. With a view to closely intertwining national educational reforms and regional cooperation projects, a workshop for experts in the field of educational reform from South Eastern Europe is planned to be held in the autumn of 2002. The topic to be discussed at the workshop will be cross-border activities at system level. The results obtained are to be input into the development of guidelines for concrete follow-up activities.

A platform for the discussion of strategic

sollen die Entwicklung von Richtlinien für konkrete Folgeaktivitäten unterstützen. Plattform für die Diskussion strategischer Bildungsfragen bildet die Arbeitsgruppe Bildungsplanung und Systementwicklung, die von der OECD koordiniert wird.

Lobbying für Bildung auf europäischer Ebene:

Die Platzierung von Bildung auf nationaler Ebene aber auch im europäischen Rahmen gehört ebenfalls zu den zentralen Aufgaben des EGP. In enger Kooperation mit Vertretern des Europäischen Parlaments konnte erreicht werden, dass der Bereich Hochschul- und Berufsbildung im CARDS Programm der europäischen Union berücksichtigt wurde. Darüber hinaus konnte in den vergangenen Jahren die Bedeutung von Bildung für die Verständigung in der Region auch auf Ministerebene diskutiert werden. (Warschau 2000, Riga 2001, Strassburg 2002).

Kontakt:

Für detaillierte Informationen stehen Ihnen folgende Kontaktpersonen zur Verfügung

Gerhard Kowar

BM:BWK

Minoritenplatz 5

A-1014 Wien

Tel.: ++43/1/53120-4450

Email: gerhard.kowar@bmbwk.gv.at

Heidrun Schulze

Task Force Office c/o KulturKontakt Austria

Spittelberggasse 3/5

A-1070 Wien

Tel.: ++43/1/5229160-12

Email: heidrun.schulze@kulturkontakt.or.at

educational issues is provided by the working group for Policy Development and System Improvement, which is being coordinated by the OECD.

Lobbying for education at the European level:

Securing a prominent position for education at both national and European level is another of the EGP's central tasks. In close cooperation with representatives of the European Parliament it has been possible to make the area of Higher Education and of Vocational Education and Training part of the CARDS Programme of the European Union. In recent years, there have also been several opportunities to discuss the important role of education in achieving reconciliation and mutual understanding in the region at ministerial level (Warsaw 2000, Riga 2001, Strasbourg 2002).

Contact:

For detailed information please contact

Gerhard Kowar

BM:BWK

Minoritenplatz 5

A-1014 Wien

Tel.: ++43/1/53120-4450

Email: gerhard.kowar@bmbwk.gv.at

Heidrun Schulze

Task Force Office c/o KulturKontakt Austria

Spittelberggasse 3/5

A-1070 Wien

Tel.: ++43/1/5229160-12

Email: heidrun.schulze@kulturkontakt.or.at